

1924 3685

Neuer Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ

1. Stadt Hochheim

Ercheint: Dienstags und Freitags (mit illustrierter Beilage). Druck und Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach-Hochheim. Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Malzenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-spaltige Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf. Kellern die 6-spaltige Zeile 20 Pf. Bezugspr. monatl. 90 Pf. u. 10 Pf. Bringerl. Postfachkonto 106 67 Frankfurt a. M.

Nummer 1

Samstag, den 3. Januar 1925.

Jahrgang 1925.

Neues vom Tage.

Die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen werden am 2. Januar in Rom wieder aufgenommen. Die deutsche Delegation reiste deshalb von Berlin nach Rom ab.

Das deutsch-portugiesische Handelsvertragsabkommen ist in Madrid unterzeichnet worden.

In der Darmstadt-Affäre wurde auch der frühere Ministerialdirektor Raug verhaftet.

Der französische Ministerpräsident Herriot ist soweit wiederhergestellt, daß er die Amtsgeschäfte wieder übernehmen konnte.

Neujahrsempfänge.

In allen Hauptstädten Europas fanden am Neujahrstage mehr oder weniger prächtige Neujahrsempfänge bei den Staatsoberhäuptern statt, bei denen die üblichen Ansprachen gehalten wurden. Aus dem gewöhnlichen Rahmen heraus fiel dabei diesmal der Empfang beim Reichspräsidenten Oberst in Berlin, wo der Führer des diplomatischen Korps, der päpstliche Nuntius Pacelli, die Begrüßungsansprache hielt.

„Wir sind glücklich“, so sagte der Kirchenfürst, „die Morgenröte dieses neuen Jahres zu begrüßen als eine Morgenröte des Wiederaufbaus und des Fortschritts. In dem Jahre, das soeben zur Reife gekommen ist, sind sehr ernste und schwierige internationale Probleme ihrer Lösung näher gebracht worden. Mit neuer Kraft haben die Völker an die Arbeit gehen können, die für die gestützte Welt ruhmvollen Kampf und berechtigten Stolz bedeuten und in der gerade die Nation, deren höchstes Amt Sie, Herr Reichspräsident, ausüben, sich hervorragend auszeichnet. So dehnt der Mensch, Erde, Wasser und Lüste meistend, die friedlichen Errungenschaften der Wissenschaft und die wunderbaren Fortschritte der Technik auf alle Gebiete der Natur aus; die beredten Auftragsgeber der verschiedenen Länder erheben sich ohne Furcht in den Weltentraum, es schwindet die Entfernung zwischen den fernsten Völkern und Völkern. Was ist nicht die Fortschritt diese hervorragenden Erfolge das Untergrund bilden für einen engeren Zusammenhalt, für eine engerere und herzlichere Brüderlichkeit zwischen den Völkern, wachen sie das Wahrzeichen eines mächtigen Emporsiegs der Seelen sein zu den höheren Regionen der Wahrheit, Gerechtigkeit und Güte.“

Nach einigen Dankworten des Reichspräsidenten sprach dann Reichsminister Dr. Brüning noch in Kürze über die augenblickliche politische Lage, indem er u. a. betonte: Leider scheinen die Erwartungen, die wir nach dem Abschluß der Londoner Verhandlungen hegen durften, zu Beginn des Jahres 1925 zunächst nicht verwirklicht zu werden. Nach den uns vorliegenden Nachrichten müssen wir annehmen, daß die alliierten Mächte den im Versailler Vertrag für die Räumung der ersten Rheinlandzone vorgesehenen Termin, den 10. Januar 1925, nicht innehalten wollen und zwar aus Gründen, die wir nicht anerkennen können. Dieses Unrecht ist für uns eine unerwartete Enttäuschung und schafft zweifellos eine erste Lage. Ich kann nur dringend der Hoffnung Ausdruck geben, daß aus dieser Lage noch ein Ausweg gefunden wird. Dies kann aber nur auf dem Wege gegenseitiger Verhandlung und Verständigung geschehen. Im kommenden Jahre muß deshalb dieser Weg der friedlichen Verständigung zwischen den Nationen, der in London mit Erfolg beschritten wurde, wieder gefunden werden. Möge aber auch das deutsche Volk, dessen ganze Kraft in den Dienst des Wiederaufbaus gestellt werden muß, sich nicht in unnötigen und vermeidbaren Parteikämpfen entzweien. Dann werden die Schatten, die im Augenblick das Jahr 1925 noch zu bedrücken scheinen, wieder schwinden, und wir werden dem Ziele näher kommen, für das Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, stets Ihr bestes Können und Wollen eingesetzt haben: Ein einiges und freies deutsches Volk und Reich inmitten eines friedlichen Europas!“

In Paris gelegentlich des Empfanges bei dem französischen Präsidenten sprach der päpstliche Nuntius Ceretti, indem er betonte: „Die Völker konnten nach dem letzten Kriege die Illusion haben, daß der Friede endlich wieder gefunden sei. Dieser Friede aber die Folgen des Krieges noch nicht beseitigt. Die Zerrüttung, die er im Gefolge hatte, ist noch zu offensichtlich. Die Wunden, die er geschlagen hat, sind noch zu schmerzhaft, als daß sie schon verheilt wären. Es genügt nicht, den Frieden zu lieben, ihn zu wünschen und ihn zu wollen, man muß ihn auch schaffen und arbeiten. Es ist nicht verwunderlich, daß der Friede nach den sechs langen Jahren noch nicht so vollständig ist, wie er sein sollte, obwohl die Menschen ihren guten Willen beweisen haben. Der Geist der Solidarität und der Zusammenarbeit, ich möchte sagen, der Geist der Völkerverständigung und gegenseitiger Liebe, muß weiter fortgeschritten werden, da der wahre Fortschritt, der nicht nur das Glück der Individuen, sondern auch der Nationen sichert, nicht nur von den materiellen, sondern auch von den moralischen Faktoren abhängt. Ich wünsche daher, daß an jedem neuen Tag die Beziehungen der Völker nicht nur mehr von Gerechtigkeit durchdrungen werden.“

Zur Räumung Kölns.

Ein Kompromiß.

Die von der Völkerversammlung in Paris festgestellte Note an Deutschland betreffend die Räumung der Kölner Zone zum 10. Januar wird vom „Echo de Paris“ als eine Art von Kompromiß angesehen. Das Blatt schreibt nämlich dazu:

Zwei Thesen standen einander gegenüber. Die französische These lautete: Die bereits festgestellte Verletzung Deutschlands an den militärischen Klauseln des Friedensvertrages genügt, um sofort, endgültig und jählich die Räumung der Kölner Zone zu rechtfertigen. Die englische These lautete: Das Problem könne jählich erst geregelt werden, wenn der Bericht der Kontrollkommission endgültig vorliege, also nicht vor der zweiten oder dritten Januarwoche. Der Kompromiß wurde auf folgender Grundlage geschlossen: Die Kollektivnote erkläre, Deutschland habe seine militärische Verpflichtungen in betrübendem Maße noch nicht erfüllt, so daß es ihm in der kurzen Zeit, die ihm bis zum 10. Januar verbleibe, nicht möglich sei, sich mit dem Friedensvertrage in Regel zu setzen. Das ist, so schreibt das Blatt, der Teil der Note, der der französischen These günstig ist. Der englischen These günstige Teil erkläre, für den Augenblick werde die Räumung provisorisch aufgeschoben, da die Alliierten erst entscheiden könnten, was Deutschland noch erfüllen müsse, um dem ersten Teil des Artikels 429 Genüge zu tun, d. h. um die Räumung der ersten Befestigungszone zu ermöglichen, wenn der Generalbericht vorliegt.

Das „Echo de Paris“ fügt hinzu: Hier erkennt man alle Möglichkeiten für einen Kompromiß, dessen Abschluß man jetzt auf drei oder vier Wochen verlagert. Jetzt werden die Deutschen aus mit ihren Bitten überhäuft; sie werden nicht verstehen, sich an England und Amerika zu wenden, da sie dort Anhänger haben, denen es darum zu tun ist, das System Dawes' zu retten. Dieser Teil der öffentlichen Meinung in England und in den Vereinigten Staaten erklärt, es sei das Beste, wenn die Alliierten ihre Soldaten aus Köln und dem Ruhrgebiet zu dem bestimmten Zeitpunkt zurückziehen würden, wenn das deutsche Reich in der Zwischenzeit ein Programm von fünf oder sechs Punkten, das man gemeinsam aufstelle, erfülle, damit mehr oder weniger oberflächlich und vorübergehend die Spuren der Verletzungen an den militärischen Klauseln des Friedensvertrages verschwinden.

Protest der Gewerkschaften.

Wie aus Köln gemeldet wird, nahmen dort die Gewerkschaften aller Richtungen gegen die beabsichtigte Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone folgende Entschließung an: „Der Gewerkschaftsausschuß für das besetzte Gebiet als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung erhebt Einspruch gegen die beabsichtigte Verlängerung der Besetzung der auf Grund des Versailler Vertrages am 10. Januar zu räumenden ersten Zone. Mit Genehmigung konnte in den letzten Monaten eine merkwürdige Entspannung der Lage im besetzten Gebiet wahrgenommen werden. Alle Hoffnungen auf eine weitere Entspannung werden vernichtet, wenn die Räumung der ersten Zone im vertragsmäßigen Zeitpunkt nicht erfolgt. Die Gewerkschaften empfinden dies als einen schweren Schlag für alle Verständigungsbestrebungen und sind entsetzt, daß heimliche Vorwände benutzt werden, das große Werk der Völkerverständigung zu erschweren. Sie bezeichnen die Verlängerung der Besetzung als eine neue Sanktion, die nur geeignet ist, der Bevölkerung des besetzten Gebietes den Glauben an die Heiligkeit internationaler Verträge zu rauben. Jegliche weitere Verlängerung der Besetzung verhindert die Gründung der Weltwirtschaft, vermehrt die Not und die Leiden der Bevölkerung und stellt die Erfüllung der Verträge, insbes. über des Londoner Abkommens, in Frage. Der Gewerkschaftsausschuß spricht die Erwartung aus, daß die beteiligten Regierungen sofort in Verhandlungen eintreten, um die vorliegenden Differenzen zu beseitigen.“

Politische Tagesschau.

Die Frage der Reichsministerbildung dürfte, wie die dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann nachstehende „Zeit“ schreibt, jetzt wieder in Angriff genommen werden. Man hofft, sie bald zu einem Ergebnis führen zu können. Eine Vertrauensfrage des bisherigen Reichsaussenministers Brüning mit der Regierungsbildung ist noch nicht erfolgt. Es bleibt abzuwarten, ob der Reichspräsident vielleicht noch versucht, die Vertreter der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen über die Lage in dem Sinne zu befragen, ob sie eine Möglichkeit sehen, die Ministerbildung zu übernehmen. Wenn die Parteien auf ihren bisherigen Besehlüssen beharren, ist eine solche Bildung allerdings nicht möglich, da Zentrum und Deutsche Volkspartei ihre Ansicht jedenfalls nicht ändern werden. In diesem Falle ist jedenfalls damit zu rechnen, daß der Reichspräsident ein überparteiliches bürgerliches Kabinett bildet ohne Anlehnung an die Parteien.

Lezte Nachrichten.

Hölle an die Ausgewiesenen.

Berlin, 2. Januar. In der vom Deutschen Beamtenbund zur Wahrung der Interessen der Ausgewiesenen seinerzeit gegründeten Zeitschrift „Der Ausgewiesene“, die mit ihrer Nummer vom 1. Januar ihr Erscheinen einstellt, wendet sich Reichsminister Hölle in seiner Eigenschaft als Minister der besetzten Gebiete folgendermaßen an diejenigen Beamten, die seinerzeit aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen wurden: „Das eben zu Ende gehende Jahr 1924 bedeutet in der Geschichte des deutschen Beamtenbundes und in der Geschichte der besetzten Gebiete eine entscheidungsvolle Epoche. Man wird in den Kreisen des deutschen Beamtenbundes, ebenso aber auch bei allen deutschen Staatsbürgern stets in Erinnerung behalten, daß das Jahr 1923 durch den Ruhrkampf zu einer gewaltigen Krisisprobe deutscher Treue und vaterländischer Gesinnung geworden war. Man wird nie vergessen, daß durch den passiven Widerstand und den Separatisteneinbruch gerade die Treue der Deutschen im besetzten Gebiet auf eine besonders harte Probe gestellt wurde. Alle besetzten diese Probe glänzend. Die wenigen Ausnahmen, die einen verräterischen Sinn an den Tag legten, verschwinden angesichts der gewaltigen Opfer.“

Zur Übergabe der Note.

Paris, 2. Januar. Savas erzählt aus London, daß die britische Regierung noch Abänderungen an dem Text der Note zu treffen wünsche, und die Übergabe voraussichtlich nicht vor einigen Tagen erfolgen werde.

Baden und die Pfalz.

Der Streit um das Donauwasser. Die Reibereien zwischen Württemberg und Baden in Sachen der Donau-Verfälschung scheinen sich immer mehr zuzuspitzen. Im Finanz-ausschuß des Württembergischen Landtages erklärte der Minister des Innern unter Zustimmung aller Parteien, Württemberg werde, wenn es in der Donau-Verfälschung mit Baden zu keinem Verständnis komme, den Rechtsweg beschreiten. Durch die Donau-Verfälschung wird bekanntlich die Nachschleife, die 7000 Sekundentliter liefert und die größte Quelle Deutschlands ist, gebildet. Zahlreiche an der Aach liegende Industrien und Mühlen würden direkt ohne Betriebsstoff sein, wenn das Donauwasser, das merkwürdigerweise auf badißer Seite versickert, abgefangen und in ein anderes Gebiet geleitet würde. Es wird bestritten, daß die Quelle, die im Park des Fürsten von Fürstberg in Donauverfälschung entspringt, mit der eigentlichen Donau Gemeinshaftliches hat, da dieses Wasser versickert und durch die Nachschleife wieder zum Vorschein kommt.

Der Eindrehen auf Arenenberg gefaßt. Der Eindrehen in das Museum des Schlosses Arenenberg, Theophil Ochsner, wurde, als er beim Zeitglöckenturm in Bern das originale Glöckenspiel abwarzte, erkannt und festgenommen. Er hielt sich seit dem 25. Dezember in Bern auf und wohnte unter falschem Namen in einem Hotel. Von dem Museumsrat beschloß Ochsner nur noch wenige Gegenstände. Er ist wegen Fälschung und Betrugs bereits anderweitig strafrechtlich verfolgt.

Der Weg durch die Wutachschlucht bei der Wutachmündung ist wiederhergestellt. Der neubegründete Weg durch die Wutach- und Wutachschlucht kann also wieder auf der Seite der Wutachmühle begangen werden. Es ist möglich, ohne Umweg von der Wutach-Wutachschlucht zur Wutachmühle zu gelangen.

Selbstmord wegen Wohnungsschwierigkeiten verübte der Familienvater einer Familie in Mosbach. Der Oberpostsekretär Bollrath wollte in den nächsten Tagen nach Karlsruhe überfahen, wozu er auf seinen Wunsch versetzt worden war. Wegen Wohnungsschwierigkeiten konnte er den Umzug bisher nicht betreiben. Anscheinend in einem Anfall geistiger Unnachsicht brachte sich jetzt der Mann mit seinem Rasiermesser so schwere Schnittwunden bei, daß er bald darauf starb. Seine Frau und seine Kinder, die ihn an der grausigen Tat hindern wollten, verletzten er gleichfalls mit dem Messer.

Die Forderung des Wälderbetriebs. Der Minister Reimle und Dr. Köhler weiten Anfang dieser Woche in Badenweiler zur Besprechung von Projekten, die die erhöhte Förderung des Wälder- und Kurbetriebes zum Gegenstand hatten.

Vortragskurse des Augustinervereins. Auf der Hauptversammlung des Augustinervereins der katholischen Presse wurde ein Vortragskurs für die Schriftleiter und Funktionäre der Zentrumspartei in Baden angesetzt. Für 10. und 11. Januar sind nun in Karlsruhe acht Vorträge vorgesehen. Als Redner sind gewonnen: Prälat Dr. Schöfer, Landtagspräsident Dr. Baumgartner, Abg. Wittenmann und Dr. Köhler, Hochschulpfarrer Dr. Drauer, Geistl. Rat Oberbaurat Meyer und Dr. Reibach. In jedem Vortrag schließt sich eine Aussprache an.

Handels- und Zollpolitik 1924.

Deutschland verhandelt gegenwärtig gleichzeitig mit Frankreich, Belgien, Portugal, Italien, Polen, Rußland und Japan, um seine Handelsbeziehungen zu diesen Ländern für die nächste Zeit in einem Handelsvertrag festzulegen. Verhandlungen mit Griechenland, Spanien und England sind vor kurzem zum Abschluß gekommen. Von dem Erfolg aller der noch schwebenden Handelsvertragsverhandlungen wird es abhängen, ob Deutschland seinen Export so steigern kann, daß ein Ausfuhrüberschuß, wie ihn das Devisen-Gesetz voraussetzt, erzielt wird.

Zu Beginn des Jahres 1924 wurde Deutschland mit der Nachricht überfallen, daß am 8. Dezember 1923 zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika ein Handelsvertrag auf der Grundlage der uneingeschränkten gegenseitigen Meistbegünstigung abgeschlossen wurde. Es war ein Erfolg, daß es gelungen war, in einer Zeit, in der die Differenzierung deutscher Waren nach den Selbstverständlichkeiten der internationalen Handelspolitik gehörte, mit den Vereinigten Staaten zu einem unbedingten Meistbegünstigungsvertrag zu kommen. Deutschland wird in seinem Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten nach keiner Richtung hin schlechter gestellt sein, als irgendein anderes Land.

Wenn die Verhandlungen mit England, Frankreich und Belgien erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 aufgenommen wurden, so hatte das seinen Grund darin, daß die Unterzeichner des Versailler Vertrages kein Interesse daran hatten, sich mit Deutschland in Verhandlungen einzulassen, solange alle ihre Wünsche in Bezug auf die Einfuhr nach Deutschland durch den Versailler Vertrag sichergestellt waren. Erst als der Zeitpunkt des Bestehens dieser einseitigen Meistbegünstigung heranrückte, zeigten sie sich geneigt, sich mit Deutschland an den Verhandlungstisch zu setzen. Verhältnismäßig schnell kam es zu einer Einigung mit Großbritannien. Der deutsch-englische Handelsvertrag gibt den deutsch-englischen Handelsbeziehungen auf der Grundlage der uneingeschränkten gegenseitigen Meistbegünstigung eine vertragliche Sicherung, wie sie selbst vor dem Kriege nicht einmal vorhanden war. Der Vertrag räumt mit allen handelsfeindlichen Kriegsgesetzen auf.

Im Gegensatz zu den deutsch-englischen Verhandlungen sollen bei den noch schwebenden Verhandlungen mit Frankreich und Belgien auch Tarifvereinbarungen getroffen werden. In diesem Zweck müssen die gesamten Gewerbegruppen des Zolltarifs von Sachverständigen durch beraten werden. Es ist zu hoffen, daß in den ersten Monaten des neuen Jahres eine Einigung erreicht wird. Mit Italien soll ebenfalls ein Handelsvertrag mit Tarifvereinbarungen abgeschlossen werden.

Verhandlungen mit Polen wurden bereits im November aufgenommen, mußten aber wegen Erkrankung des Leiters der deutschen Delegation unterbrochen werden. Deutscherseits besteht kein so erhebliches Interesse, diese Verhandlungen zu beschleunigen, es dürfte vielmehr angebracht sein, zunächst abzuwarten, welche Zugeständnisse Deutschland Frankreich zu machen gezwungen ist, da Polen, wenn ein Meistbegünstigungsabkommen geschlossen wird, an diesen Zugeständnissen teilhaben wird.

Mit Portugal hat Deutschland seit dem 28. April 1923 ein Handelsabkommen, das am 31. Dezember 1924 abläuft. Die Verhandlungen, die gegenwärtig in Lisbon geführt werden, bezwecken die Verlängerung dieses Handelsabkommens, das sich im allgemeinen für Deutschland bewährt hat. Japan gehört zu den Unterzeichnern des Versailler Vertrages und verliert dementsprechend das Recht der einseitigen Meistbegünstigung am 10. Januar 1925. Um seinen vertragslosen Zustand eintreten zu lassen, wurden Verhandlungen aufgenommen.

Neben diesen wichtigen Verhandlungen sind mit einer ganzen Reihe von Staaten Verhandlungen über vorläufige Wirtschaftsabkommen geführt worden. Das wichtigste Abkommen dieser Art ist das deutsch-spanische Abkommen, das am 1. August 1924 in Kraft getreten ist. In diesem Abkommen hat Deutschland nicht die allgemeine Meistbegünstigung, sondern nur eine Meistbegünstigung für diejenigen Waren, die hauptsächlich für die Exporte nach Spanien in Frage kommen. Ebenso wie mit Spanien hat Deutschland mit Griechenland ein Abkommen mit ähnlichem Meistbegünstigungsabkommen abgeschlossen.

schlossen, das im nächsten Jahre durch einen uneingeschränkten Meistbegünstigungsvertrag abgelöst werden soll. Mit der Tschechoslowakei konnte eine Vereinbarung über eine gegenseitige Erleichterung bei der Einfuhr und Ausfuhr erzielt werden. Desgleichen ist mit der Schweiz ein Abkommen getroffen worden, in dem vereinbart wurde, daß bis zum 30. Dezember 1925 alle Einfuhrverbote in der Schweiz und in Deutschland beseitigt sein sollen.

Einen ganz besonderen Charakter haben die Verhandlungen mit Rußland, die den Rapallo-Vertrag am 16. April 1922 eine neue Ausgestaltung geben sollen. Es wird sehr darauf ankommen, neue Wege zu finden, die die deutsch-rußische Zusammenarbeit von den Bestimmungen des Versailler Vertrages befreit.

Dieser kurze Überblick zeigt, daß die Hauptarbeit für die Schaffung eines allseitigen Systems von Handelsverträgen noch zu leisten ist. Auf neuer fester Grundlage stehen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und mit England, wobei aber zu bemerken ist, daß die Verträge mit diesen Ländern noch nicht ratifiziert sind. Die Beziehungen mit allen anderen Ländern sind noch in neuen Handelsverträgen festzulegen. Daß Deutschland in Handelsvertragsverhandlungen eingetreten ist, ohne einen neuen Zolltarif, die wichtigste Grundlage für diese Verhandlungen, zu besitzen, war ein Verhängnis, das die Verhandlungen sehr erschwert. Es wird die Aufgabe des Jahres 1925 sein, so schnell wie möglich die notwendige Arbeit über den zukünftigen deutschen Zolltarif herzustellen.

Aus der Umgegend.

Worms, 31. Dez. (Personalausweise im besetzten Gebiet.) Alle im besetzten Gebiet wohnenden Personen über 16 Jahre müssen nach Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission im Besitze eines mit Lichtbild und dem Vermerk „Besetztes Gebiet“ versehenen Personalausweises sein. Es wurde wahrgenommen, daß dieser Vermerk auf manchen Karten fehlt. Die Inhaber solcher Ausweise werden zur Vermehrung von Beanstandungen zweckmäßig die nachträgliche Anbringung des Vermerkes „Besetztes Gebiet“ bei den zuständigen deutschen Behörden beantragen.

Mainz, 31. Dez. (Abgeltung der Rhein- und Ruhrschäden.) Durch die Bekanntmachung des Reichsministers für die besetzten Gebiete vom 10. Dezember 1924 sind die Bestimmungen zur Abgeltung von Rhein- und Ruhrschäden erneut abgeändert worden, insbesondere sind die bisherigen Anmeldefristen aufgehoben worden. Es können nunmehr alle auf Grund des Sondervertrages zur Entschädigung gelangenden Einbußen an Sach- und Vermögenswerten erzielt werden, die in der Zeit vom 11. Januar 1923 bis 15. November 1924 eingetreten sind. Voraussetzung ist, daß ein Antrag auf Schadensersatz bis zum 31. Januar 1925 bei der zuständigen Feststellungsbehörde schriftlich eingegangen ist. Schäden, die infolge erzwungener Reparationslieferungen (Lieferung auf Grund des Friedensvertrages und seiner Zulassungen) entstanden sind, müssen bis zum 15. Januar 1925 beim Reichskommissar für Reparationslieferungen in Berlin gemeldet werden. Nähere Ausführungen über die gesamte Frage der Entschädigung für Rhein- und Ruhrschäden wird das Reichsamt für Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. - Hann. mitteilen.

Mainz, 31. Dez. (Abgewirtschaftetes Material.) Aus dem bisherigen Regiegebiet werden jetzt die schadhaft gewordenen und abgewirtschafteten Lokomotiven und Eisenbahnwagen in ganzen Zügen herausgebracht und den mitteldeutschen Eisenbahnwerkstätten zur Erneuerung, soweit es noch möglich ist, zugeführt. Andererseits wird in gleichem Umfang einwandfreies Material aus dem besetzten Gebiet nach den früheren Regiestrecken zugeführt.

Mainz, 31. Dez. (Forderungen an die Regie.) Die Eisenbahnregie teilt im Anschluß an ihre Bekanntmachung, welche die Verlegung ihrer Dienststellen nach Paris, Rue de Valenciennes 15, anzeigt, mit, daß alle Entschädigungsforderungen für Verluste, Beschädigungen, Verzögerungen usw. an Herrn Albert, Kaiserstraße 3, in Mainz, zu richten sind, der mit der Abwicklung betraut ist.

Bingen, 31. Dez. (10 000 Mark erbrütet.) Eine Beute im Werte von 10 000 Mark fiel den Dieben in die Hände, die in der Nacht von Sonntag auf Montag in die Wohnung eines hiesigen Einwohners eingedrungen waren. Die Diebe haben aufsteigend die Fensterläden geöffnet und dann durch das offene Fenster auch das Fenster und sind dann eingestiegen. Sie brachen den Schreibtisch auf und entwendeten daraus eine etwa 20 Pfund schwere Kassetten, die folgenden Inhalt hatte: 2800 bis 3000 holländische Gulden, 1000 Mark in bar, 5 Zwanzigdollarpfunde in Gold, eine Portemonnaie mit 118 Franken und einem Brillantsteck im Werte von ca. 3000 holländischen Gulden, ein Koffer mit Brillanten und Saphiren im Werte von 1500 Mark, zwei goldene Damenuhren im Werte von 450 Mark und verschiedene Papiere, die für den Verbleibenden von großer Wichtigkeit sind. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Vörrach, 31. Dez. (Ein Überfall.) In den letzten Tagen wurde in der Nähe von Vörrach ein Kaufmann aus Vörrach von einem Unbekannten überfallen und zu Boden geworfen. Der Fremde hatte offenbar die Absicht, die Überfallene zu verewaltigen, was ihm jedoch nicht gelang, da sich das Mädchen heftig zur Wehr setzte. Sie flüchtete, wurde jedoch von dem Verbrecher nochmals eingeholt und zu Boden geworfen. Erst als der Verbrecher Stimmen hörte, ließ er von ihr ab und verschwand.

Volles.

Hochheim am Main, den 3. Jan. 1925.

II Ferienordnung für das Schuljahr 1925-26. Für das Schuljahr 1925-26 gilt folgende Ferienordnung: Die Osterferien dauern vom 5. bis 20. April; die Pfingstferien vom 30. Mai bis 8. Juni; die Sommerferien vom 4. Juli bis 3. August; die Herbstferien vom 30. September bis 13. Oktober und die Weihnachtsferien vom 24. Dezember 1925 bis zum 6. Januar 1926. Die Daten beziehen sich auf den ersten und letzten Ferientag. Das Schuljahr schließt mit dem 27. März 1926.

Bavaria-Lichtspiele. Samstag und Sonntag bringen die Bavaria-Lichtspiele, die in ganz Deutschland beliebte Filmdarstellerin Eva Maria, in einer Rolle, die ihre ganze Grazie und ihren entzückenden Übermut darstellt. In diesem Film spielt sie die Entfesselung eines englischen Lord, wobei sie die Pläne der Familie durchkreuzt, den Landbesitzer des Großvaters verläßt und in London auf eigene Faust zu leben versucht. Nach vielen Kämpfen vermählt sie sich mit dem englischen Führer Gilbert Laizon.

Hinweis. Der heutigen Nummer liegt eine Sonderbeilage über Schauer & Plauts Saison-Ausverkauf bei. Die bekannte Mainzer Firma bietet damit ihrer Kundschaft ganz hervorragende Vorteile. Wir bitten um gefl. Beachtung.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim. Die Anfuhr von ca. 45 cbm Kalkstein aus dem Steinbruch des Wilhelm Josef Schreiber nach dem Wiesbadener Weg wird am Montag, den 5. Jan. 1925 vorm. 11 Uhr im Rathause wenigst-nehmend vergeben.

Der Aushub aus dem Wäffergraben der Mainwiesen wird am Mittwoch, den 7. Januar 1925 vorm. 11 Uhr an Ort und Stelle öffentlich versteigert. Hochheim a. M., den 31. Dez. 1924. Der Magistrat: Argbächer.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 4. Januar Fest des heiligen Namens Jesu. 2 Uhr Anbruch zum heiligen Namen Jesu. Werktags. 7 Uhr 1. heilige Messe — 7.45 Uhr Schulmesse. Dienstag Fest der Erscheinung des Herrn oder der heiligen Dreifaltigkeit, gebotener Feiertag: 7 Uhr Frühmesse. Kindergottesdienst fällt aus, die Kinder gehen ins Hochamt. 2 Uhr Weihnachtssandacht.

Pelze

In jeder Fellart, wie Füchse, Wölfe, Stutts und alle anderen Tierarten, Grosse Auswahl, Fabelhaft billige Preise. Umarbeitung der sehr billigen Bereinigung. Einkauf sämtl. rober Felle.

Einhorn, Mainz

Schillerplatz, Ecke Emmenstraße, 1. Etage, Tel. 5076.

Trendig überrascht

Sind die Auftraggeber eines kleinen Interiores, wie An- und Verkauf, Wohnungs- und Stellengedäch. — Der H. Hochh. Stadtschreiber wird in jedem Hause gelesen und bringt dabei immer den größten Erfolg!



Ersteinst: heim Telefon

Nummer 3.

Neue

Die deutsche...
Der Reichs...
Die...
Nach einer M...
Der Re...
Aufnahme...
Der dem Reich...
Anleihe von 227 M...
Ausgaben des aus...
zur vorübergeh...
Reichshauptkasse im...
150 Millionen Reich...
sichergestellt, un...
im Reichshaushalt...
Unter den jon...
Reichsverwaltung...
den Sachverständig...
im zweiten Repara...
anderem 500 Millio...
zu leisten, die zur...
anderen Fälle and...
zu deren Deckung i...
Reichsanleihe von 50...
bahngesellschaft zu...
Anleihe zu beschaffe...
Der Reichshaush...
für die allgemeine...
Reichsmarkt ab. D...
verwaltung werde...
5 513 787 899 Reich...
5 328 944 449 Reich...
184 843 450 Reich...
Danach werde die...
meine Reichsverwal...
schlägt.

Der dem Reich...

Anleihe von 227 M...

Ausgaben des aus...

zur vorübergeh...

Reichshauptkasse im...

150 Millionen Reich...

sichergestellt, un...

im Reichshaushalt...

Unter den jon...

Reichsverwaltung...

den Sachverständig...

im zweiten Repara...

anderem 500 Millio...

zu leisten, die zur...

anderen Fälle and...

zu deren Deckung i...

Reichsanleihe von 50...

bahngesellschaft zu...